



Berlin, 14. Juni 2021

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

Das Corona-Pendel aus Hoffnung und Enttäuschung schwingt wieder: Die Impfpriorisierung ist seit Beginn dieser Woche gefallen, in Deutschland kann sich jeder über zwölf um einen Termin bemühen. Und noch eine gute Nachricht: die Sieben-Tage-Inzidenz ist erstmals seit Mitte Oktober wieder unter den Wert von 30 gesunken. Aber das Pendel schwingt weiter: Die dritte Welle ist gerade erst gebrochen, da mehren sich die Fälle der neuen Virusmutante namens Delta und es kommen äußerst fragwürdige Vorgehensweisen unseres Gesundheitsministers zu Tage. Höchste Zeit, hier einen genaueren Blick draufzuwerfen.

Unterdessen schwankt auch die Union zwischen Euphorie und Schlafwagen. Klar, wie in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ist auch in Sachsen-Anhalt der Spitzenkandidat und Ministerpräsident gestärkt worden. Herzlichen Glückwunsch an Reiner Haseloff! Allerdings wartet man weiter vergeblich auf ein inhaltliches Signal der Union – ob da noch etwas passieren wird?

Demgegenüber ist Annalena Baerbock in der Wirklichkeit angekommen. Nicht nur ihre eigenen Fehler haben deutlich werden lassen, dass Olaf Scholz der bessere Kanzler für Deutschland ist. Ein aktuelles Beispiel: Steuerrevolution. Google, Amazon und Co. werden künftig verstärkt zur Kasse gebeten und können ihre Steuerabgaben nicht mehr kleiner tricksen. Ein großer Verdienst von Olaf Scholz und den Finanzministerinnen und Finanzministern der sieben größten Industrienationen.

Hiermit grüße ich Euch, wünsche Euch alles Gute aus Berlin und freue mich, Euch auf Facebook und Co. oder

der Internetseite wieder anzutreffen, bleibt zuversichtlich,

Euer



// Steuerrevolution!



Unsere intensiven Bemühungen der vergangenen drei Jahre haben sich ausgezahlt. Olaf

Scholz konnte gemeinsam mit den anderen Finanzministerinnen und Finanzministern der sieben größten Industrienationen eine Neuordnung der Besteuerung internationaler Konzerne ausarbeiten. Kurz gesagt umfasst die Einigung zwei Elemente: Zum einen geht es darum, den Steuerkuchen insgesamt größer zu machen. Dazu soll es eine globale effektive Mindeststeuer für Unternehmen geben. Und zum anderen geht es darum, dass die Steuern gerechter verteilt werden zwischen den Staaten. Also die „Kuchenstücke“ neu geschnitten werden.

Es ist keine Übertreibung, wenn wir von einer echten Revolution im internationalen Steuerrecht sprechen. Große Konzerne wie Apple, Facebook oder Google werden künftig nicht mehr in der Lage sein, sich ihrer Steuerpflicht dadurch zu entziehen, dass sie ihre Gewinne in Niedrigsteuer-Länder verschieben. Und wir werden in Europa einen größeren Anteil an den Steuern der Internetgiganten erhalten.

Im Oktober 2018 hat Olaf Scholz zusammen mit seinem französischen Amtskollegen Bruno Le Maire den Vorschlag für eine effektive globale Mindestbesteuerung für Unternehmen gemacht. Künftig sollen Konzerne einen Steuersatz von mindestens 15 % zahlen.

Wird der Gewinn in einer Tochtergesellschaft im Ausland unterhalb dieses international festgelegten Mindeststeuersatzes besteuert, darf der Staat die Differenz zum Mindeststeuersatz nachversteuern, in dem die Muttergesellschaft ihren Sitz hat. Steuerflucht lohnt sich damit nicht mehr. So geht gerechte Steuerpolitik.



*Zum Thema Vermögensaufbau und Vermögenssteuer habe ich diese Woche im Plenum gesprochen.
<https://dbtg.tv/fvid/7526519>*

// Wichtige Info für Vereine – Das Transparenzregister

Die Einführung des Transparenzregisters 2017 diente als eigenständiges Instrument zur Bekämpfung von Geldwäsche in Unternehmens- und Vereinsstrukturen. Die im Transparenzregister hinterlegten Informationen geben Aufschluss über die hinter einem Unternehmen oder Verein stehenden wirtschaftlich berechtigten (natürlichen) Personen. Doch dieses Instrument entpuppte sich zunehmend als Bürokratiemonster, besonders als sich Anfang dieses Jahres weitere gesetzliche Verschärfungen anbahnten. Der Kern war, dass Vereine beim Thema Geldwäsche wie normale Unternehmen eingestuft werden sollten, was erhebliche bürokratische Auswirkungen zur Folge hätte. Der darauffolgende Protest zahlreicher Verbände, der auch aus meinem Wahlkreis in den Bundestag und das Finanzministerium getragen wurde, hatte Erfolg. In der Fraktion konnten wir uns mit vielen Vereinen und Verbänden konstruktiv dazu austauschen. Dies erfolgte mit ausdrücklicher Unterstützung der Fraktion und unseres Finanzministers Olaf Scholz. Heute kann ich Euch erfreulicherweise mitteilen, dass wir das Transparenzregister- und Finanzinformationsgesetz Geldwäsche (TraFinG) noch in dieser Sitzungswoche beschlossen haben und dabei gute Lösungen im Sinne der gemeinnützigen Vereine gefunden haben.

In Kürze bedeutet das:

- Keine Eintragung in das Transparenzregister für Vereine, die Eintragung erfolgt automatisch.
- Ab 2024 ist kein Antrag für die Gebührenbefreiung mehr notwendig.
- Für die notwendige Übergangszeit (2021-2023) reduzieren wir den Verwaltungsaufwand auf ein Minimum: Es ist nur noch ein einmaliger vereinfachter Antrag notwendig.

Liebe Vereinsmitglieder, wenn hierzu konkrete Fragen bestehen und Ihr Austausch wünscht, könnt Ihr euch gern jederzeit an mein Büro wenden und erhaltet umfangreichere Informationen. Ich danke Euch herzlich für Eurer Engagement, dass gerade jetzt mit ausklingender Pandemie sehr wichtig ist.

// 7 Punkte warum unser Gesundheitsminister (allein in der Corona-Krise) versagt hat

Die Coronapandemie war die größte Herausforderung seit Jahrzehnten für die Welt, für Deutschland. Minister Spahn ist derjenige, in dessen Ressort sie fällt. Ich denke jeder hätte Verständnis dafür, dass da auch etwas danebengeht - gar keine Frage. Aber auch in solchen Krisen gilt ein Grundsatz: Ein Minister muss wenigstens zwei Dinge leisten: Offenheit und Selbstkritik. Minister Spahn wurde in den Medien mit einem Satz zitiert: „Da, wo ich herkomme ... sagt man Entschuldigung ...“ Gute Idee! Ich werde nachfolgend ein paar entschuldigungswürdige Dinge aufzählen, konzentriere mich dabei aber wesentlich auf die Frage der Masken.

Erster Punkt. Dieses Land war auf diese Pandemie nicht im Ansatz vorbereitet. Zu Beginn gab es praktisch keine Schutzausrüstung in Deutschland, obwohl seit 2013 bereits Krisenszenarien vorlagen, die genau das verlangen.

Zweiter Punkt. Als die Pandemie da war, wurde

zwar zig Millionen Masken stichprobenartig geprüft wurden, nicht aber die Herstellungseinrichtungen. Das gehört bei Medizinprodukten aber immer dazu: Es werden nicht nur in Stichproben einzelne Produkte geprüft, sondern es werden auch die Fertigungsanlagen geprüft. Doch weil diese in China waren, konnte das nicht durchgeführt werden. Allein deshalb ist der CPI-Standard unzureichend und gewährleistet keine Sicherheit, weder den Obdachlosen noch anderen Menschen.

Vierte Punkt. Minister Spahn hat es bis jetzt nicht geschafft, eine Nationale Reserve Gesundheitsschutz aufzubauen; sie steckt bestenfalls in den Kinderschuhen. Der Hohn ist: Dort wurden vor allem genau diese CPI-Masken eingelagert. Mit anderen Worten: Wenn die nächste Pandemie kommt, dann dürfen sich alle Bürger mit Ihren unzureichenden Masken versorgen. Wenn Sie nicht bis dahin verfallen sind.

Fünftens. Ende 2020 wurden Schutzmasken für 2,5 Milliarden Euro an besonders gefährdete Personen verteilt. Genauer: Es wurden Gutscheine verschickt für 2,5 Milliarden Euro, etwa 70 Euro

pro Person. 70 Euro pro Person für ein paar Schutzmasken! Die sie dann auch noch aus der Apotheke ungeimpft abholen sollten.

Sechstens. Steuergeldverschwendung ist ein Markenzeichen dieses Ministers. Seit Amtsantritt hat er fast 200 Stellen in seinem Ministerium zusätzlich geschaffen, und zwar bereits vor der Pandemie.

Obwohl über 500 Millionen Euro für zusätzliche Intensivbetten ausgegeben worden, ist die Zahl der verfügbaren Intensivbetten zurückgegangen! Auch die Verschwendung von viel Geld bei den Testzentren hat der Herr Minister Spahn mit zu verantworten. Es ist richtig: die Länder müssen die Kontrollen durchführen; aber die Kontrollgrundsätze werden wiederum vom Bund gemacht. Es wurden aber keine ausreichenden Kontrollgrundsätze entwickelt.

Siebter Punkt. Der Minister hat mit zu verantworten, dass dieses Land viel zu wenig Impfstoffe bekommen hat. Ja, die Verträge wurden von der EU



© Markus Scholz/dpa

erst nach Wochen reagiert. Schließlich wurde für über 6 Milliarden Euro Schutzausrüstung eingekauft – zu völlig übersteuerten Preisen und in vielen Fällen mit unzureichender Qualität – trotz entsprechenden Hinweisen

Dritter Punkt. Anstatt Fehler einzuräumen und Konsequenzen zu ziehen, wurde ein Neuer, unzureichender Prüfstandard für Masken erfunden, der CPI-Prüfungsstandard. Dieser ist tatsächlich unzureichend. Dabei geht es am wenigsten darum, ob nun die Temperaturtestung gemacht wurde oder nicht. Es geht vor allem darum, dass

geschlossen. Aber wer hat denn die Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 gehabt? Deutschland! Und wer hatte in dieser Zeit den Vorsitz bei den EU-Ministern für Gesundheit? Herr Spahn. Fazit: Gut, dass die Presse die kritische Bilanz des Ministers gezogen hat. Daraus eine Wahlkampfaktion der SPD zu machen, ist nicht akzeptabel.

// CO₂-Abgabe, die sich Vermieter und Mieter demnächst teilen?

Der Handel mit den CO₂-Verschmutzungsrechten (Emissionshandel) startete im Januar 2021 mit einem fixen CO₂-Preis von 25 Euro pro Tonne und soll wirken wie eine Steuer. Bis 2025 werden die Zertifikate dann schrittweise mit einem auf 55 Euro ansteigenden Festpreis ausgegeben. Ab 2026 wird der Zertifikate-Preis durch Versteigerungen ermittelt – wobei ein Preiskorridor von 55 Euro bis 65 Euro pro Tonne CO₂ vorgegeben ist.

Diese Abgabe betrifft im besonderen Maße auch den Gebäudesektor. Fast ein Drittel der Treibhausgasemissionen entstehen in Deutschland durch den Energieverbrauch der Immobilien. Dennoch wird jedes Jahr lediglich ein Prozent des Gebäudebestandes energetisch saniert – 2018 lag die Rate sogar nur bei 0,8 Prozent. Hier kommt dem CO₂-Preis eine zusätzliche Anreizfunktion zur Energetischen Sanierung zu. Der Staat unterstützt bereits den Austausch von Fenstern, das Dämmen von Fassaden, das Erneuern von Heizungen. Beim Einbau von Wärmepumpen übernimmt die öffentliche Hand bis zu 50 Prozent der Investitionssumme, maximal 30.000 Euro.

Doch wer trägt die CO₂-Abgabe? Mieter oder Vermieter? Von der SPD war es von Beginn an eine Forderung, dass die Vermieter sich an der CO₂-Bepreisung beteiligen müssen. Aber wir dürfen in keinen Wettbewerb um Preisschrauben kommen. Schließlich wollen wir auch, dass die Vermieter investieren und nicht nur Abgaben entrichten müssen. Zumal es heute schon schwierig ist, Bauhandwerker zu bekommen. Unsere Forderung ist deshalb, dass sich Vermieter und Mieter künftig hälftig an den Kosten für den seit 1. Januar geltenden CO₂-Preis auf Öl und Gas beteiligen. Das wurde nach einem langen Koalitionsstreit Mitte Mai auch beschlossen. Doch dieser Beschluss wackelt. Die SPD möchte wie am 12. Mai vom Bundeskabinett beschlossen, dass die Kosten des CO₂-Preises zukünftig hälftig von dem Mietern und Vermietern

getragen werden. Die Bundesminister Peter Altmaier und Horst Seehofer unterstützen eine Aufteilung der Kosten, aber die Unionsfraktion blockiert weiterhin.

Es ist unglaublich, welchen starken Einfluss mittlerweile die spendenstarke Immobilienwirtschaft auf das Verhalten der CDU/CSU-Fraktion hat. Gerade in diesen Tagen erhält die Union erneut (!) 500.000 Euro aus der Immobilienbranche. Auch darüber ist am 26.09. zu entscheiden.

// Verbindliche Löhne für Pflegepersonal



Wir haben endlich verbindliche Tariflöhne für Altenpfleger:innen auf den Weg gebracht! Die Pflegerinnen und Pfleger in Deutschland brauchen nicht nur das Klatschen in den Ohren, sondern mehr Geld in der Tasche. Denn bislang werden nur etwa 50 Prozent der Altenpfleger:innen nach Tarif bezahlt - die andere Hälfte verdient deutlich weniger.

Künftig sollen Pflegeeinrichtungen nur noch Gelder aus der Pflegeversicherung erhalten, wenn sie ihre Beschäftigten mindestens in der Höhe eines Pflege-Tarifvertrags bezahlen. Dadurch werden viele Pflegekräfte bald endlich besser verdienen - bis zu 300 Euro mehr pro Monat.

// Schwarz-Weiß-Debatte um den Staatstrojaner

Die Quellen-TKÜ (Quellen-Telekommunikationsüberwachung) ist eigentlich die digitale Entsprechung der klassischen Telefonüberwachung. Dass sich Kommunikation heute oft nur mithilfe der

Quellen-TKÜ abfangen lässt, liegt an der Verschlüsselung der Messenger-Dienste. Früher konnten die Sicherheitsbehörden vergleichsweise einfach Telefongespräche mithören oder SMS-Nachrichten aufzeichnen. Heute begleitet die Verschlüsselung den gesamten Weg der Kommunikation vom Absender zum Empfänger (sog. Ende-zu-Ende-Verschlüsselung). Meist lässt sich diese Verschlüsselung nicht umgehen. Allerdings ist die Quellen-TKÜ aufgrund technischer und datenschutzrechtlicher Anforderungen hoch komplex. Sie wird ist daher nur in Einzelfällen einsetzbar und ist in der Anwendung sehr viel seltener als die klassische Telekommunikationsüberwachung. Da Messenger-Dienste mit Verschlüsselung arbeiten, kann ein „abhören“, also mitlesen, nur erfolgen, indem sich die Sicherheitsbehörden Zugang zum Gerät, also der Quelle, verschaffen. Dazu werden Geräte mittels Software gehackt und es wird eine Software installiert, die dann mitlesen kann. Es geht dabei nicht um die Ausnutzung von Lücken, die bereits in Internetsystemen vorhanden sind. Diese Software wird gerne als „Staatstrojaner“ bezeichnet, da staatlich autorisierte Stellen einen Trojaner auf ein Gerät setzen.

Doch die Debatte um den Staatstrojaner hat sich zu einer Schwarz-Weiß-Argumentation verengt. Ich werde dazu zeitnah über Facebook-Live einen Talk durchführen, um die bisher flache Debatte zu vertiefen.

// Was sonst noch war...

Das Ende der Legislaturperiode naht. Kein Grund, schon jetzt die parlamentarischen Füße hochzulegen. Diese Woche wurden gute, wichtige (deutlich sozialdemokratische) Gesetze beschlossen. Eine Auswahl:

- **Recht auf Ganztagsbetreuung für Grundschüler** Mehr Freiräume für die Eltern, bessere Chancen für die Kinder: Künftig haben Eltern einen Rechtsanspruch darauf, dass ihre Kinder in der Grundschule bis in den Nachmittag hinein betreut werden.
- **mehr Frauen in Führungspositionen** Frauen sind in den Vorständen von Unternehmen immer noch deutlich in der Minderheit. Das soll sich ändern – mit einer Quote per Gesetz.
- **mehr Transparenz für MdBs** Auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion werden die parlamentarischen Transparenzregeln deutlich verschärft. Seit Jahren fordert die SPD-Bundestagsfraktion eine umfassende Reform dieser Regeln. Nach den Korruptionsskandalen in den Reihen der Unionsfraktion lenkte diese endlich ein. Nach mehreren Verhandlungen im März konnte die SPD-Fraktion sämtliche Forderungen in diesem Bereich durchsetzen.
- **Tariflöhne in der Pflege** Pflegerinnen und Pfleger in Deutschland sind am Limit – nicht erst seit Beginn der Corona-Pandemie. Druck und Überforderung sind in der Branche durch die Pandemie aber noch einmal gestiegen und haben dazu geführt, dass der Bundestag jetzt eine Pflegereform verabschiedet hat, die für bessere Löhne für die Beschäftigten in der Altenpflege sorgen soll. Da sich die angespannte Situation in der Pflege mit der Pandemie weiter zugespitzt hat, muss das gesetzte Ziel auf einem anderen Weg angesteuert werden: Pflegeeinrichtungen (gem. SGB XI) sollen ab dem 1. September 2022 nur dann als solche zugelassen werden, wenn sie tarifgebunden sind.
- **Schutz vor unlauteren Geschäftspraktiken** Die Rechte von Verbraucher:innen werden gestärkt: Sie werden künftig besser vor falschen Bewertungen auf Plattformen, Abzocke auf Ticketbörsen oder bezahlten Rankings auf Vergleichsportalen geschützt. Auch der Schutz bei Kaffeefahrten und Haustürgeschäften wird mit einem in dieser Woche verabschiedeten Gesetzpaket verbessert sowie Rechtssicherheit für Influencer in sozialen Netzwerken geschaffen.
- **Lieferketten-Gesetz für Menschenrecht** Mit der Koalitionseinigung auf ein Lieferkettengesetz ist der SPD-Bundestagsfraktion ein Durchbruch gelungen. Sie hat damit ein zentrales Anliegen unter Dach und Fach gebracht. Große Teile der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wollten das deutsche Lieferkettengesetz blockieren oder es im Sinne verantwortungsloser Unternehmen weichspülen. Die SPD-Fraktion hat aber bis zum Schluss auf klare Regeln bestanden – auch aus Fairness gegenüber jenen Unternehmen, die Menschenrechte schützen. Nun wurde das Gesetz verabschiedet.